

Keine glanzvolle Zukunft

In den Philippinen gerät der Schweizer Bergbaukonzern Xstrata zunehmend in die Kritik. Ihm wird die Beteiligung am Mord einer Bergbauegnerin und ihren minderjährigen Söhnen vorgeworfen.

Am 18. Oktober 2012 wurden Juvy Capion und ihre beiden acht und dreizehn Jahre alten Söhne John und Jordan in ihrer Nipahütte in Datal Aliong, einem entlegenen Dorf in der südphilippinischen Provinzstadt Kiblawan, von Soldaten des 27. Infanteriebataillons der Armee erschossen. Juvys Ehemann, der Bergbauegner Daguil Capion, Vorsitzender der lokalen Gemeinschaft Indigener und das eigentliche Ziel der militärischen Aktion, gelang die Flucht (siehe WOZ Nr. 43 vom 25.10.2012).

Auf dem Grund und Boden der B'laan, den seit Generationen deren Ahnen bearbeiten, möchte der schweizerische Bergbaukonzern Xstrata zusammen mit seiner philippinischen Tochter Sagittarius Mines, Inc. (SMI) das in der Provinz Südcotabato gelegene Tampakan-Kupfer-Gold-Projekt als offenen Tagebau betreiben. In seinem offiziellen Geschäftslogo empfiehlt sich SMI als »Partner für eine glanzvollere Zukunft«.

Umgerechnet 5,9 Milliarden US-Dollar will SMI, an der Xstrata 62,5 Prozent der Aktien und die Managementkontrolle hält, in der Region investieren, um jährlich 375.000 Tonnen Kupfer und 360.000 Unzen Gold zu fördern. Doch erst kürzlich musste der Beginn dieses ambitionierten Unterfangens um zwei Jahre auf 2018 verschoben werden. Vor Ort regt sich immer massiverer Widerstand gegen das Projekt.

Die Ermordung von Juvy Capion wurde auch international von engagierten UmweltschützerInnen angeprangert. Die philippinische Armee geriet zunehmend unter Druck. Anfang November 2012 trat der Kommandant des Bataillons, Oberstleutnant Noel Alexis Bravo, von seinem Posten zurück, wenngleich er eine Beteiligung an den Morden abstritt und von seinen Vorgesetzten in Schutz genommen wurde. Im Gegensatz zu dreizehn anderen Soldaten, den seit Ende letzten Jahres der Prozess vor einem Kriegsgericht gemacht wird. Doch nur spärlich dringen Informationen über den Stand des Verfahrens nach außen. Es ist daher fraglich, ob und in welcher Weise das Gericht die beteiligten Soldaten bestraft.

Seit Anfang März droht den Soldaten nun auch Ungemach seitens eines Zivilgerichts. Der Vater von Juvy Capion, Sukim Malid, reichte bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Davao del Sur Klage gegen insgesamt 16 Soldaten ein, denen er die Beteiligung an der Ermordung seiner Tochter vorwirft. Loretta Rosales, die Vorsitzende der staatlichen Menschenrechtskommission, unterstützt seine Vorwürfe. Laut dem Autopsiebericht wurde mindestens eine Kugel aus nächster Nähe abgefeuert, so Rosales gegenüber der Nachrichtenplattform *MindaNews*.

Im ersten Quartal dieses Jahres gab es außerdem eine Anhörung zur Militarisierung in der Xstrata-Projektregion. Vor dem Ausschuss für nationale und kulturelle Gemeinschaften des philippinischen Abgeordnetenhauses musste unter anderem die Bürgermeisterin von Kiblawan, Marivic Diamante, Rede und Antwort stehen. Die Bürgermeisterin

von
**Michael
Reckordt &
Rainer
Werning**

Michael Reckordt ist ehemaliger Geschäftsführer des philippinenbüros und arbeitet seit 2009 zu den Auswirkungen des Bergbaus in den Philippinen. Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler & Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, befasst sich seit 1970 intensiv mit den Philippinen.



SÜDASIEN
DAS DEUTSCHSPRACHIGE SÜDASIEN-MAGAZIN

Politik und Menschenrechte, Literatur und Religion, Gesellschaft und Geschichte, Kultur und Wirtschaft.

Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Afghanistan, Bhutan, Malediven.

Aktuelle Analysen, Kommentare, Interviews, Reportagen und fundierte Hintergrundinformation.

Drei bis vier Hefte im Jahr mit jeweils ca. 80 Seiten zum Schmökern, Diskutieren, Nachlesen und Sammeln.

Unabhängige Vierteljahreszeitschrift des SÜDASIENBÜRO, Bonn

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn

Abonnement oder Probeheft:
suedasienbuero@suedasien.de
www.asienhaus.de/zeitschrift-suedasien

von
Emmalyn
Liwag Kotte
Übersetzung
von Lilli
Breininger

Die Autorin ist
Journalistin und
arbeitet seit
Jahren intensiv
zu gesellschafts-
politischen
Themen in
Mindanao.

Zeitleiste über die Geschehnisse in Tampakan

Juli 1994

Die australische Firma *Western Mining Corporation* (WMC) und die *Tampakan Group of Companies* (TGC) schließen ein Abkommen, das WMC erlaubt ein sogenanntes *Financial and Technical Assistance Agreement* (FTAA) bei der philippinischen Regierung zu beantragen.

März 1995

Der *Mining Act of 1995* wurde von der Regierung genehmigt. Ebenso wurde das FTAA zwischen WMC und der philippinischen Regierung unterschrieben.

Im Jahr 2001

Die Behörde für Umwelt und natürliche Ressourcen (DENR) genehmigt die Übergabe des FTAA von WMC zur Firma *Sagittarius Mines Inc* (SMI), einer Firma der TGC.

August 2002

Indophil Resources äußert Interesse an dem Projekt. In Partnerschaft mit der TGC und der *Alsons Corporation* starteten sie eine aktive Exploration durch SMI.

Januar 2004

In einer Entscheidung von dem Richter Conchita Carpio-Morales, erklärte der oberste Gerichtshof einige Vorschriften des Bergbaugesetzes von 1995 als lückenhaft und verfassungswidrig, ebenso das FTAA zwischen der Regierung und WMC.

Dezember 2004

Der oberste Gerichtshof reversierte seine Entscheidung. Am 1. Februar 2005 verkündete das Gericht einen endgültigen Beschluss für die Verfassungsmäßigkeit des Bergbaugesetzes.

März 2007

Xstrata Copper übernimmt 62,5 Prozent der Aktien von SMI und übt die Managementkontrolle über das Projekt aus.

Dezember 2008

Xstrata Copper beendet die Machbarkeitsstudie und beginnt mit Projektvorbereitungen.

Februar 2009

Die Studie »Philippinen: Bergbau oder Nahrung?« geleitet von Dr. Robert Goodland und Clive Montgomery Wicks, beleuchtet die Gefahren, die der Bergbau birgt in Hinblick auf die Nahrungssicherheit des Landes und rief auf zu einem Moratorium für die Bergbauentwicklung.

Goodland betont, dass das größte Flusssystem der Region, der Mal Fluss, am meisten verschmutzt sein wird und viele der davon abgehenden Gewässer zerstört oder durch Staudämme ersetzt werden. Dieses Risiko gefährdet 200.000 Hektar Ackerland und beeinträchtigt 80.000 Bäuerinnen und Bauern in Süd-Cotabato allein.

März 2009

Anti-Bergbauaktivist Eliezer »Boy« Billanes wird von zwei unbekanntenen Männern in der Nähe des Marktplatzes in Koronadal City erschossen.

Juni 2010

Nach fünf Jahren bürokratischer Erwägungen und politischer Debatten zwischen den verschiedenen Interessengruppen, darunter lokale Behörden, AkademikerInnen, Kirche und zivilgesellschaftliche Organisationen, verkündete der provinzielle Rat Süd-Cotabatos eine Umweltvorschrift, die offenen Tagebau in der Provinz verbietet. Dies wurde von der Gouverneurin Daisy Avance-Fuentes am 28. Juni 2010 gesetzlich festgehalten. Ein Anwalt bestätigte ihr, dass ihre Entscheidung mit der lokalen Gesetzgebung übereinstimmt. Sie sagte, SMI scheiterte daran die Umweltstudien anzufechten, die das Projekt stark kritisieren.

sagte aus, SMI habe seit Juli 2006 Abkommen mit den Städten Kiblawan, Tampakan und Colombio unterzeichnet, wodurch die so genannte Task Force KITACO entstand – eine 120 Mann starke Privatarmee, die vom Militär geführt wird. KITACO wird von den B'laan und UmweltschützerInnen vorgeworfen, in der Vergangenheit mehrfach kritische AntibergrbauaktivistInnen schikaniert und ermordet zu haben.

Seit Xstrata und seine Tochter SMI in Tampakan und umliegenden Gemeinden den Abbau von Kupfer und Gold vorbereiten, kommt es immer wieder zu Zwischenfällen, die die Sicherheitslage der dortigen

Bevölkerung verschlechtert. Die philippinische Armee hat allein zwischen 2007 und 2012 über 100 solcher Zwischenfälle registriert, da Menschen bedroht und eingeschüchtert wurden und es zu Schießereien kam. Je mehr Soldaten in die Region abkommandiert wurden, desto stärker empfinden viele Indigene dies als Provokation.

In dem Parlamentsausschuss bestätigten sowohl Bürgermeisterin Diamante als auch Sprecher der Armee, SMI zahle als Gegenleistung für den Einsatz des Militärs eine monatliche Aufwandsentschädigung und die Benzinkosten für die Task Force KITACO – insgesamt knapp eine Million Peso,

Dezember 2011

100.000 lokale AnwohnerInnen unterschrieben eine Petition gegen das Bergbauprojekt. Diese wurde von den Katholischen Bischöfen aus Diözesen nahe der Abbauregion initiiert und der Regierung vorgelegt.

März 2011

Sagittarius Mines unterbrach vorübergehend die Explorationsarbeiten in den Bergen aufgrund eines Anschlags am 25. März 2011 auf eine Wagenkolonne von fünf Kipplastwagen der Firma LVE Construction. Die Firma LVE gehört dem Bürgermeister Leonardo V. Escobillo und wurde von SMI für ein Straßenbauprojekt nahe der Mine eingesetzt.

Januar 2012

Die Umweltbehörde der philippinischen Regierung lehnte SMIs Antrag auf ein Umweltverträglichkeitszertifikat ab (ECC) und zitierte das provinzielle Verbot des offenen Tagebaus in Süd-Cotabato. Ohne das Zertifikat kann SMI ihre Bergbauaktivitäten nicht fortsetzen.

Mai 2012

DENR lehnt erneut SMIs Antrag auf das ECC ab.

September 2012

Justizministerin Leila de Lima unterstützt die Behörde für innere Angelegenheiten und lokale Anliegen (DILG) gegen die lokalen Regierungsbehörden, die den offenen Tagebau verbieten, da es im Widerspruch zum Bergbaugesetz von 1995 steht. Das Justizministerium stimmt damit überein, dass die DILG auch eine Petition gegen die lokale Umweltvorschrift wie in Süd-Cotabato erheben kann.

Oktober 2012

Weitere BergbaugegnerInnen geraten ins Schussfeuer: die 27-jährige Mutter Juvy Capion und ihre Söhne (13 und 8 Jahre) des indigenen Stammes B'laan wurden bei einem Schusswechsel von der philippinischen Armee getötet, wobei sie eigentlich den Bergbaugegner und Ehemann Daguil Capion im Visier hatten.

Dezember 2012

Repräsentanten der lokalen Kirche in Süd-Cotabato zusammen mit *Kalumaran* (ein mindanaoweites Bündnis indigener Organisationen) und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen starteten eine landesweite Kampagne, um auf die Probleme indigener Gemeinschaften im Hinblick auf Bergbau aufmerksam zu machen. Sie wandten sich an Präsident Aquino III für Hilfe und einen Stopp der politisch motivierten Morde an Umweltaktivisten in Regionen des Großtagebaus.

Februar 2013

Das DENR verkündet die Vergabe des Umweltzertifikates (ECC) für SMIs Bergbauprojekt in Tampakan. Der Umweltminister Ramon Paje sagte, die Erlaubnis wurde aufgrund der Empfehlung des *Environmental Management Bureau* (EMB) vergeben. Das EMB gehört zum DENR und prüft die ECC Anträge. Die Vergabe erfolgt »unter bestimmten Bedingungen« und das ECC wird zurückgezogen, wenn die Bedingungen verfehlt werden. Das ECC deckt die Gebiete Tampakan, South Cotabato; Malungon, Sarangani; Columbio in Sultan Kudarat und Kiblawan in Davao del Sur. Der Gouverneur South Cotabatos Arthur Pingoy Jr. sagte zum *Philippine Daily Inquirer*, dass das Verbot des offenen Tagebaus in der Provinz noch in Kraft ist. Das ECC macht keine Ausnahme für SMI und die Lokalregierung wird Verstöße bestrafen und verfolgen. Der Gouverneur sagte, solange das Verbot nicht als verfassungswidrig eingestuft wird, kann SMI den offenen Tagebau in der Umgebung von Tampakan nicht weiterführen.

Mai 2013

Der Schweizer Konzern Glencore übernimmt Xstrata, das Unternehmen firmiert nun unter dem Namen GlencoreXstrata. Schon 2008 erhielt Glencore den Public Eye Swiss Award, eine negative Auszeichnung, die aufgrund der Involvierung des Konzerns bei Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien vergeben wurde.

umgerechnet über 15.000 Euro. Rene Pamplona, Mitarbeiter im Social Action Center der Diözese Südcotabato, erklärte im Anschluss an die Anhörung im Abgeordnetenhaus: »Anstatt die Menschen zu beschützen, schützt und verteidigt das Militär ausländische Investitionen und nimmt dabei den Tod von Gemeindemitgliedern billigend in Kauf.« Für Daniel Arias vom Bündnis Alyansa Tigil Mina, das von zahlreichen DorfbewohnerInnen und BergbaukritikerInnen getragen wird, steht außer Frage, dass »SMI nun nicht länger mehr leugnen (kann), dass die Morde auf die Präsenz des Bergbauprojekts zurückzuführen sind.«

Derweil bleibt die Lage in Tampakan angespannt. Am 30. Januar kam Kitari Capion, ein Bruder des weiterhin flüchtigen Daguil Capion, bei einem Schusswechsel mit Soldaten des 1002. Infanteriebataillons der Armee ums Leben. So angespannt die Sicherheitslage ist, so unklar bleibt letztlich auch, ob den Hinterbliebenen der Opfer vor Gericht Gerechtigkeit widerfährt.

Lediglich knapp ein Prozent der seit 2001 begangenen Morde an politischen AktivistInnen führte zur Verurteilung der Täter. Nutznießer der Straflosigkeit im Lande sind häufig auch und gerade internationale Konzerne.